

5237/AB XX.GP

### B e a n t w o r t u n g

**der Anfrage der Abg. Mag. STADLER u.a. betr. EU - Ratspräsidentschaft 1998; „Schlechte Noten für österreichischen EU - Ratsvorsitz“. ( Nr. 5670/J - NR/1999 vom 26.1.1999)**

#### Antwort zur Frage 1 - 3

Zu diesen Fragen wird auf den Ergebnisbericht der österreichischen EU - Präsidentschaft 1998 verwiesen, der bereits dem Nationalrat sowie dem Bundesrat zur Kenntnis gebracht wurde.

Dieser Bericht, der vom Bundeskanzleramt und dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten in Zusammenarbeit mit sämtlichen Bundesministerien erstellt wurde, gibt einen Überblick über die unter österreichischer EU - Präsidentschaft in den einzelnen Sachgebieten erzielten wesentlichen Fortschritte und Ergebnisse.

#### Antwort zu Frage 4:

Die Ergebnisse und Schlußfolgerungen des Informellen Treffens der Arbeits-, Sozial- und Frauenministerinnen zum Thema Beschäftigung und Chancengleichheit lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Grundlegende Zielsetzung ist die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen, wobei aus dem Blickwinkel der Chancengleichheit diese Beschäftigungsverhältnisse sowohl sozial abgesichert als auch existenzsichernd sein müssen.

- Im Sinne des Gender Mainstreaming - Ansatzes soll zu dem bereits bestehenden vierten Pfeiler der Aspekt der Chancengleichheit in allen Schwerpunktbereichen der Leitlinien 1999 integriert werden. Die Chancengleichheit von Behinderten sollte im ersten Pfeiler der Leitlinien Eingang finden.
- Eine wesentliche Stärkung der Säule IV der Leitlinien der Beschäftigungspolitik, kombiniert mit speziellen Frauenförderprogrammen, ist ebenso wie der Austausch von best - practice Maßnahmen anzustreben.
- Die Verringerung der Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern und die Aufhebung der Segregation werden von den Mitgliedstaaten als wichtige Ziele identifiziert.
- Steuersysteme und Leistungsansprüche sollten auf eventuell vorhandene negative Anreizwirkungen für Frauenerwerbsbeteiligung hin untersucht werden.
- Die Methode des Benchmarking sollte ausgebaut und in Zukunft verstärkt angewandt werden.
- Zur Formulierung politischer Ziele ist umfassendes und verlässliches Datenmaterial erforderlich. Es sollen die Bemühungen verstärkt werden, bei allen öffentlichen Statistiken eine nach Geschlechtern differenzierte Darstellung zu erreichen. Weitere Ergebnisse sind der Zusammenfassung (Beilage Nr.1) zu entnehmen.

Antwort zu der Frage 5: In diesem Zusammenhang wird auf die beiliegende Teilnehmerliste (Beilage 2) verwiesen.

Antwort zu den Fragen 6 und 7:

Es wird bemerkt, daß bei informellen Treffen der Fachminister eine formelle Einladung seitens der Frau Bundesminister ergeht, welche ausschließlich an die EU - Fachminister gerichtet ist. Im übrigen liegt es an jedem Staat selbst, die Größe und Zuordnung seiner Delegation zu bestimmen. Weiters wird auf die beiliegende Teilnehmerliste (Beilage 2) verwiesen.

Antwort zu Frage 8:

Die Veranstaltung erstreckte sich auf den Zeitraum 8. Juli 1998 vormittag bis 10. Juli 1998 nachmittag. Nähere Details wären der beiliegenden Ablichtung des Programmheftes (Beilage 3) zu entnehmen.

Antwort zu Frage 9:

Bei dem in Rede stehenden informellen Treffen wurden bereits mit den Einladungen die wesentlichen Themen des Treffens mitgeteilt bzw. angekündigt. Im übrigen wird auf die Ablichtung des entsprechenden Programmheftes (Beilage 3) verwiesen.

Antwort zu Frage 10: Es wird diesbezüglich auf die beiliegende Ablichtung des Programmheftes verwiesen (Beilage 3).

Antwort zu den Fragen 11 und 12:

In diesem Zusammenhang wird auf die beiliegende Geschenkliste (Beilage 4) verwiesen.

Antwort zu Frage 13: Die Kosten für einen blauen Rucksack beliefen sich auf je 99,90 ATS, die Kosten für eine Geschenkmünze auf je 49,90 ATS. Die übrigen Geschenke wurden nicht aus dem Ressortbudget des BMAGS angeschafft; es kann daher im Hinblick auf deren Kosten keine Aussage getroffen werden.

Antwort zu Frage 14:

Die Ausgaben des Bundesministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales für die EU - Ratspräsidentschaft beliefen sich im Hinblick auf die Sachkosten bislang auf 16 823 272, 95 ATS.

Hinsichtlich der Personalkosten wird folgendes bemerkt:

Die Bundesregierung hat insbesondere aus Gründen der Sparsamkeit davon Abstand genommen, für die EU - Ratspräsidentschaft zusätzliche Planstellen zu schaffen. Der mit der Vorsitzführung einhergehende verstärkte Arbeitsanfall konnte im wesentlichen insbesondere durch Setzung von Prioritäten und Umschichtungen der Arbeitsbereiche bewältigt werden.

Allfällige Überstunden und Nebentätigkeiten lassen sich nicht gesondert darstellen.

Antwort zu Frage 15:

Die im Bereich des Bundesministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales für die EU - Präsidentschaft bislang angefallenen Sachkosten lassen sich wie folgt aufgliedern:

- Kosten im Zusammenhang mit der Unterstützung des BMAGS bei der Organisation der Österreichischen Präsidentschaft: 582 371, 08 ATS
- Kosten für Übersetzungen, Informationsmaterial, Publikationen, Broschüren und Grundsatzpapiere: 1 947 339, 48 ATS
- Kosten im Zusammenhang mit der Missoc - Tagung :118335,- ATS
- Kosten im Zusammenhang mit dem Informellen Treffen der Sozial, Arbeits- und FrauenministerInnen: 3219075, 70 ATS; (rund 40% der Kosten wurden vom BM f. Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz getragen);
- Kosten im Zusammenhang mit dem Ausschuß für Beschäftigung und Arbeitsmarkt: 836 713, 80 ATS
- Kosten im Zusammenhang mit dem MISEP - Treffen: 110 323,80 ATS
- Kosten im Zusammenhang mit der Konferenz zum Thema „Behinderte Menschen“: 1 236 196, 70 ATS
- Kosten im Zusammenhang mit der Konferenz „Sozialer Dialog“: 2 401 706, 60 ATS

- Kosten im Zusammenhang mit dem Forschungsauftrag „Osterweiterung“: 425 500,-ATS
- Kosten im Zusammenhang mit dem Treffen der Generaldirektoren für Arbeitsbeziehungen; 44 465,- ATS
- Kosten im Zusammenhang mit der Konferenz „Eine Gesellschaft für alle Generationen“ 559 609, 70 ATS
- Kosten für den Ausschuß der hohen Arbeitsaufsichtsbeamten: 250 299, 46 ATS
- Kosten im Zusammenhang mit der HOPE - Konferenz: 246 839,- ATS
- Kosten im Zusammenhang mit der Fachkonferenz der Gesundheitsminister: 2 509 022, 20 ATS
- Kosten im Zusammenhang mit der Konferenz „Blut und Blutsicherheit“: 1 807 128, 60 ATS
- Kosten im Zusammenhang mit der Veranstaltung „High level Committee on Health“: 86 154,- ATS
- Kosten im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Chief medical Officers“: 77 428,-ATS
- Kosten im Zusammenhang mit dem Treffen des Komitees „Property medical Products“: 153 367, 23 ATS
- Kosten im Zusammenhang mit der Fachtagung „EMACOLEX“: 20 740,- ATS
- Kosten im Zusammenhang mit der Tagung des Komitees für veterinärmedizinische Produkte: 118 625,- ATS
- Kosten im Zusammenhang mit der Tagung des BIOMED - Komitees: 72 032, 60 ATS

Antwort zu Frage 16:

Der in der vorliegenden parlamentarischen Anfrage angeführte Artikel eines inländischen Wochenmagazins beruht auf einem angeblichen Protokoll einer Sitzung der in Wien akkreditierten Botschafter der EU - Mitgliedstaaten. Da weder der Text des Protokolls der österreichischen Bundesregierung vorliegt, noch ein österreichischer Vertreter an der dem Protokoll zugrundeliegenden Sitzung teilgenommen hat, ist eine korrekte und sachdienliche Antwort nicht möglich. Es wird daher um Verständnis gebeten, daß unter diesen Voraussetzungen von einer Stellungnahme zu dieser Frage abgesehen werden muß.

Im übrigen wird auf den bereits bei der Beantwortung der Fragen 1 bis 3 erwähnten Ergebnisbericht der österreichischen EU - Präsidentschaft 1998 verwiesen.

**Anlagen konnten nicht gescannt werden !!!**